

# Integrative Schule braucht keine Leistungschecks



**Nachdem neunzig Prozent der Lehrpersonen eine Abschaffung der vierkantonalen Leistungstests in der Primar- und Sekundarschule gefordert haben, hat nun auch der Basler Grosse Rat eine Motion überwiesen, die dies verlangt.**

**Von Beatrice Messerli**

Im Bildungsraum Nordwestschweiz (BS, BL, AG, SO) sind in der 3. und 6. Klasse der Primarschule sowie 8. und 9. Klasse der Sekundarschule standardisierte Leistungstests obligatorisch. Viele Lehrpersonen, die bereits Erfahrungen mit den sogenannten «Checks» gemacht haben, betonen, dass diese pädagogisch wertlos seien, weil sie keine inhaltliche Aufarbeitung von Defiziten ermöglichen und mindestens einem Drittel der SchülerInnen vor Augen führen, dass sie nicht genügen. Zudem seien die Leistungstests zu sprachlastig und anspruchsvoll, mit diesen würden die Kinder unter starken Erfolgsdruck gesetzt und sie könnten ihr Potential letztlich nur teilweise zeigen. An der letztjährigen Gesamtkonferenz stimmten die Basler Lehrpersonen deshalb einer Resolution zu, die die ersatzlose Streichung der Leistungschecks in der Primar- und Sekundarschule verlangt.

Das Erziehungsdepartement hat zwar signalisiert, dass es bereit ist, gewisse Änderungen wie die Streichung des Checks S3 (Sekundarstufe, 9. Klasse) vorzunehmen. Dies ist jedoch bei weitem nicht das, was die Lehrpersonen fordern. Rückmeldungen von KollegInnen an Primar- und Sekundarschule zeigen, dass die Kinder mit den Prüfungen überfordert sind.

## Tradition sinnloser Testerei

Aber nicht nur die heutigen Checks an der Primar- und Sekundarschule werden kritisiert, bereits die in der ehemaligen Orientierungsschule durchgeführten Orientierungsarbeiten waren sehr umstritten, denn auch diese Ergebnisse brachten nicht wirklich neue Erkenntnisse. Dass Schulhäuser mit einem hohen Anteil an Schüler\*innen mit einem Migrationshintergrund schlechtere Ergebnisse in Deutsch haben werden – das wusste man schon vorher. Schon damals hat eine grosse Mehrheit der Lehrpersonen eine Abschaffung dieser überflüssigen und kostspieligen Testerei gefordert.

Weder die damaligen Orientierungsarbeiten noch die heutigen Checks sind in irgendeiner Form im Unterricht oder als Förderinstrument von Nutzen. Auch wenn in einem Brief des Erziehungsdepartementes ausdrücklich steht «Die Checks auf der Primarstufe sind primär als

Förderinstrument einzusetzen», sind sie nach Aussagen der Lehrpersonen als Förderinstrument unbrauchbar. Zudem wird den Lehrpersonen vom ED angeboten via einer Aufgabensammlung mit ihren Schüler\*innen für die verschiedenen Kompetenzbereiche der Checks zu trainieren. Auch wenn in dieser selbstverständlich keine konkreten Aufgaben aus den offiziellen Checks aufgelistet sind, ist dies nichts anderes als «Teaching to the Test»! Etwas was eigentlich niemand will, aber trotzdem dazu führen wird, dass Lehrpersonen auf diese Plattform gehen werden. So werden die Ergebnisse verfälscht!

Und auch die Wirtschaft braucht die Checks nicht: Von den aus der Sekundarschule austretenden Schüler\*innen haben in diesem Jahr nur gerade 6 Prozent (Tageswoche 18.05.18) die Zusage für eine Lehrstelle. Die Checks sind somit kaum relevant für die zukünftigen Lehrbetriebe.

## Integrative Schule muss ohne Leistungschecks auskommen

An der Schule wollen wir diese Checks nicht. Wir glauben, dass die Lehrpersonen durchaus in der Lage sind, die ihnen anvertrauten Kinder zu fördern, Förderpläne zu erstellen und ausserdem bereits genügend Förderinstrumente zur Verfügung haben, ihren Unterricht und die Förderung der Kinder zu planen. Eine Schule, die integrativ sein will, muss auf solche Tests verzichten, denn standardisierte Leistungschecks bringen weder den Lehrpersonen noch den Schüler\*innen einen Nutzen und haben im Gegenteil eine demotivierende Wirkung auf leistungsschwächere Klassen und Schüler\*innen. Gerade diese optimal zu fördern, muss das Anliegen einer integrativen Schule sein. Für Eltern und Kinder sind die Ergebnisse aus dem Unterrichtsjahr und das Lernberichtsgespräch entscheidend und nicht ein einmaliger Check, der keinerlei Auskunft über die schulische Entwicklung gibt und schon gar nicht über die Qualität des Unterrichts oder der Lehrperson.

Und was auch alle wissen; das Schwein wird nicht durch Wiegen fett und das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht! Die unnötigen und teuren externen Leistungschecks in der obligatorischen Schulzeit gehören abgeschafft, nicht weniger als 90 Prozent der Lehrpersonen an der Gesamtkonferenz der KSBS (Kantonale Schulkonferenz Basel) haben dies gefordert. Nachdem eine entsprechende Motion im Grossen Rat überwiesen wurde, ist es nun am Parlament, den nötigen Entscheid zu fällen.

Beatrice Messerli ist BastA-Grossrätin in Basel-Stadt.



## Streik als ultima ratio?

Am 31. Mai protestierten die Staatsangestellten vor dem Landratsgebäude in Liestal, um gegen die vorgesehenen Rentenkürzungen zu protestieren. Nachdem dies erfolglos blieb, kommt es nun zu einer Urabstimmung über Streik.

### Im Kanton Basellandschaft beschliesst der Landrat den Abbau von Rentenleistungen.

Von Kerstin Wenk

**E**in eigentliches Trauerspiel war die Abstimmung zur Pensionskasse Baselland. Seit Monaten sitzen Kantonsangestellte in ihrer Freizeit auf der Tribüne des Landrates und lauschen den Debatten. Sie wollten mit dieser Aktion den Staatsangestellten unter dem Motto «leiser Protest» ein Gesicht geben. Im Oktober 2017 fand in der «Mittenza» Muttenz bereits ein lauter Protest statt. Auch dort brachten die Angestellten ihren Unmut zum Ausdruck über all die Abbaumassnahmen im Service Public auf dem Buckel der Kantonsangestellten.

Hauptthema ist klar die Pensionskasse Baselland resp. deren Ausgestaltung. Am 31. Mai 2018 stimmte der Landrat darüber ab. Am gleichen Vormittag, vor der Landratssitzung, hatten sich zahlreiche Staatsangestellte aus den verschiedensten Berufsgruppen, teilweise erkenntlich an ihrer Arbeitsbekleidung, vor dem Regierungsgebäude in Liestal nochmals für ihre Renten und gegen die geplanten Rentenkürzungen eingesetzt. Mit Flyern, «Weggli und Fünferli» forderten sie die Landrätinnen und Landräte auf, bei der Änderung des Pensionskassendekrets für die Variante der Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP), also für rund 40 Millionen Franken Abfederungsmassnahmen zu stimmen. Mit dieser Variante hätten die kumulierten Rentenverluste bei 18 Prozent gedeckelt werden können, verbunden mit einer gewissen Glättung der negativen Folgen über die betroffenen Jahrgänge. Das Parlament entschied sich klar für die Variante des Regierungsrates. Damit wird der Umwandlungssatz für alle Versicherten von 5.8 auf 5.4 Prozent gesenkt. Zwar wird das heutige Leistungsziel von 60 Prozent des koordinierten Lohnes beibehalten, aber die Sparbeiträge werden um 1.4 Prozentpunkte erhöht. Der Landrat hat zudem entschieden, auf jegliche Abfederungsmassnahmen zu verzichten. Damit werden die Versicherten kumulierte Rentenverluste von über 20 Prozent erleiden! Dieser letzte Tropfen der Geringschätzung und Ignoranz könnte das Fass nun definitiv zum Überlaufen gebracht haben. Der

vpod region basel wird den Entscheid jetzt analysieren und seine Mitglieder über einen Streik befragen (Urabstimmung). Der Landrat ist einmal mehr nicht auf sein eigenes Personal eingegangen und lässt die Betroffenen buchstäblich im Regen stehen. Das Kantonspersonal bewertete diesen Landratsentscheid bereits im Vorfeld als «letzte Chance». Leider liess das Parlament diese ungenutzt verstreichen.

### Drohende Ökonomisierung durch neue Strukturen auf Gemeindeebene

Doch das sind nicht die einzigen anstehenden Veränderungen und Verschlechterungen. Es wird über neue Strukturen auf Gemeindeebene diskutiert. Die Schulräte sollen in ein Fachgremium umgewandelt werden. Zudem sollen die Schulleitungen direkt dem Gemeinderat unterstellt werden. Vordergründig heisst es, man möchte der Bildung dadurch mehr Gewicht geben, defacto wird aber die Politik bzw. werden die Finanzen den Schulalltag viel direkter bestimmen. Klar gibt es viele Vorschriften, die eingehalten werden müssen, deren Umsetzung kann jedoch ganz unterschiedlich sein. Zum Beispiel, wenn zu einer Schulklasse aus 24 Kindern noch eines hinzukommt. Bekommt die Lehrperson nun, wie ab 25 Kindern vorgesehen, zusätzliche Ressourcen oder muss das Kind woanders in die Schule? Solche Entscheidungen werden zusehends nicht mehr aus pädagogischer, sondern aus finanzieller Sicht (Ressourcen) beurteilt.

### Unstimmigkeiten des Berufsauftrags

In einigen Kantonen wurde der Berufsauftrag angepasst, in andern Kantonen werden die Eckwerte diskutiert. So auch im Kanton Basellandschaft. In der Realität zeigt sich beim Berufsauftrag immer wieder, dass die Aufteilung in die verschiedenen Teile A, B, C und D nicht stimmig ist. So haben zum Beispiel die unterschiedlichen Schulstufen verschiedene Faktoren für die Vor- und Nachbereitung. Bereits in diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, ob das korrekt ist. Benötigt eine Fachlehrperson für die Vorbereitung mehr Zeit als eine Primarlehrperson? Auch die Frage nach der Zeit für die Klassenführung wird immer wieder gestellt. Braucht eine Kindergartenlehrperson weniger oder mehr Zeit als zum Beispiel eine Sekundarlehrperson? Bereits im Bereich A, also Unterricht sowie Vor- und Nachbereitung, stellen sich zahlreiche Fragen. Dazu kommen all die anderen Aufgaben in den Bereichen C und D, mit welchen die Lehrpersonen ebenfalls konfrontiert sind: Elterngespräche, Teamvorbereitungen Schulentwicklung, Weiterbildung etc. All diese Aufgaben sprengen den zeitlichen Rahmen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sinnvoll es ist, überhaupt die Stunden aufzuschreiben, wenn damit sowieso nichts geschieht. Das bedeutet für die Diskussion über den Berufsauftrag, dass zuerst geklärt werden muss, wie mit den zu viel gearbeiteten Stunden umgegangen wird. Sollen die gleichen Regeln gelten wie beim restlichen Kantonspersonal? So lange diese Frage nicht geklärt ist, erscheint es wenig sinnvoll, über den Berufsauftrag zu diskutieren.

Zuerst müssen solche wichtigen und grundlegenden Fragen geklärt werden, bevor darüber geurteilt werden kann, ob der Berufsauftrag wirklich eine Verbesserung für die Lehrpersonen darstellt. ■

# Jeden Franken Wert



Thomas Vogt auf dem Hof der Thomas-Platter-Schule, einer seiner früheren Arbeitsstätten im Kleinbasel.

Ein Interview mit Thomas Vogt über Erfahrungen aus 40 Jahren Unterricht und sein gewerkschaftliches Engagement. Von Johannes Gruber

Ich treffe den vor wenigen Monaten pensionierten Kollegen Thomas Vogt im VPOD-Büro des Basler Gewerkschaftshauses. Hier im Kleinbasel ist Thomas grossteils aufgewachsen, lange hat er hier unterrichtet. Als er 1977 mit seiner Ausbildung als Lehrer fertig war, gab es einen Lehrpersonenüberschuss.

## Befristete Verträge und Industriepraktikum

Seine erste Stelle trat Thomas als «fliegender Vikar» an der Sekundarschule Kleinbasel an. Das ganze Schuljahr über hatte er Stellvertretungen. Unterricht auf Abruf: Wenn das Telefon am Morgen nicht klingelte, hatte er frei. Zuerst waren die Stellvertretungen kurz, schliesslich länger. Garantiert war lediglich ein Grundlohn für zwölf Lektionen wöchentlich. Unter diesen Bedingungen von stetigem Wechsel war der Unterricht gerade für Berufsnestlinge nicht einfach. Hilfreich war der Austausch und die Zusammenarbeit mit drei anderen KollegInnen in der gleichen Lage.

Obwohl Thomas diesen Einstieg in die Unterrichtspraxis eine «gute Schule nach der Ausbildung» nennt, beschloss er im Jahr darauf ein Industriepraktikum für Lehrer zu absolvieren, das die damalige Firma Sandoz anbot. Als einer von sechs Lehrpersonen arbeitete er ein halbes Jahr in der chemischen Industrie am Kessel und ein weiteres halbes Jahr im firmeneigenen Ausbildungszentrum. Insbesondere schätzte er den offenen Austausch mit dem Management, das sich anscheinend erhoffte, so das Wirtschaftswissen an den öffentlichen Schulen zu fördern. Durch einen Beitrag des Schweizer Fernsehens über das Praktikum wurde Thomas auch vom ED wahrgenommen, sodass er sogleich eine Klasse übernehmen und erst einmal richtig in den Schulbetrieb hineinkommen konnte. Trotzdem sollten seine Anstellungen auch während der nächsten zwölf Jahre befristet bleiben, was damals nicht unüblich war.

## Schule für die Kinder

In Kleinbasler Schulen traf Thomas viele Kinder mit Lernschwierigkeiten an. Weil er über diese Beeinträchtigungen mehr wissen und die Kinder sowohl ermutigen als auch unterstützen wollte, nahm er 1985 ein Studium der Heilpädagogik auf. Von der Arbeit in Kleinklassen versprach er sich mehr Zeit für seine SchülerInnen sowie eine grössere Methodenfreiheit. Besonders schätzte er immer Unterricht ausserhalb des Schulhauses und Projektunterricht, bei dem man die Lehrbücher verlasse und sich die Wirklichkeit selber anschau. Die unbändige Lebensfreude der SchülerInnen, ihr Lerneifer und Stolz auf die eigenen Erfolge motivierten Thomas sehr bei seiner Arbeit. Auf der anderen Seite habe er gerade in seiner Zeit als Heilpädagoge (HP) auch, wie er sagt, viel Leid, Ängste, Krankheit und sogar Tod erlebt.

Von Anfang an war Thomas klar, dass er seinen Beruf nur ausüben kann, wenn er als Gewerkschaftsmitglied im Austausch mit kompetenten KollegInnen aller Schulstufen steht. Alsbald arbeitete er unter anderem im Vorstand der Gewerkschaft Erziehung (GE) mit, die Abstimmungskämpfe für Schulreformen führte. Obwohl die Orientierungsschule (OS) inzwischen mit der HarmoS-Reform Geschichte ist, sieht Thomas deren Einführung 1994 als einen grossen Erfolg an. Mit der OS fand die Selektion nun später statt, es gab Lernberichte statt Zeugnisse und die Klassen wurden von Teams geführt, in denen alle Fachlehrpersonen zusammenarbeiteten. Die OS hatte auch Auswirkungen auf die Führung von Kleinklassen. Thomas, der inzwischen HP war, sah es als seine Aufgabe an, die OS zum Funktionieren zu bringen, und engagierte sich am Gellertschulhaus für mehrere Jahre in der Schulhausleitung.

Als Ende der 1990er Jahre die Kleinklassen reduziert wurden, wurde Thomas der neu eingeführten ambulanten Heilpädagogik (heute Integrierte Schulische Förderung, ISF) zugeteilt. Dies bedeutete auch eine Veränderung der Arbeitsweise. Während er als Lehrer einer Kleinklasse Unterrichtsrhythmen und Projekte selbstbestimmt nach Bedarf organisieren konnte, war er nun als Heilpädagogikfachperson ISF-HP für einzelne SchülerInnen zuständig, die über 5 bis 10 Klassen verstreut waren. Die intensive Arbeit mit diesen empfand er ebenfalls als sehr befriedigend, auch wenn er die Arbeit als Klassenlehrer sehr geschätzt hatte. Insgesamt findet er die etablierte Zusammenarbeit von Regellehrpersonen und Heilpädagogen gut: Dadurch, dass mehr Personen hinschauen, fallen weniger Kinder durch die Maschen. Einen Systemfehler findet er es jedoch, dass die Ressourcen für heilpädagogische Förderung in den oberen Klassen zu gering sind. In diesen Jahren, in denen die Pubertät und die Berufsfindung stattfinden, brauche es mehr Lektionen. Gerade die Heilpädagogik eröffne hier viele Möglichkeiten. Versuche, ausgebildete HP durch Regellehrpersonen mit kurzer Weiterbildung zu ersetzen, lehnt Thomas ab. Heilpädagogische Standards gelte es zu verteidigen, auch bestehende Integrationsklassen, die durchgängige pädagogische Begleitung von jeweils vier SchülerInnen ermöglichen.

## Weiter im VPOD

Als sich vor einigen Jahren die Basler GE und der VPOD zusammenschlossen, war Thomas auch in der Arbeitsgruppe, die dies vorbereitete. Wie nebenbei beendete die Fusion auch sein altes Dilemma: Lange Zeit war er unentschlossen gewesen, welches nun die richtige Gewerkschaft für ihn ist. Während für die GE deren konsequente politische Ausrichtung und das grosse Engagement der Mitglieder sprachen, überzeugten ihn am VPOD dessen Breite, die Vielzahl der dort vertretenen Berufsgruppen. Nun, da er pensioniert ist, schätzt er es besonders, KollegInnen aus anderen Berufen zu treffen und sich mit ihnen über ihre Erfahrungen auszutauschen. Nach wie vor ist Thomas überzeugtes Gewerkschaftsmitglied. Sich mit anderen gemeinsam zu organisieren und Interessen durchzusetzen, das war ihm für die Berufsausübung unabdingbar. Um zu unterstreichen, wie wichtig ihm die Gewerkschaftsarbeit nach wie vor ist, erklärt Thomas, dass er es jeden Franken Wert fand, den er an die Gewerkschaft überwiesen habe. Und austreten werde er auch in Zukunft ganz sicher nicht. ■